

# Ein attraktives Angebot

## »Sozialismus als Gegenwartsaufgabe«: Zur Taktik rechter Sozialdemokraten im Kampf gegen Aktionseinheit und sozialistische Einheitspartei 1945/46

Von Leo Schwarz

Im Oktober 1974 starb in Westberlin der Sozialdemokrat Ernst Sünderhauf. Außerhalb der Stadt nahm kaum jemand davon Notiz, und auch in der Berliner SPD war Sünderhauf nicht sonderlich bekannt – ein Mann der zweiten Reihe mit einer Nachkriegslaufbahn in der Verwaltung, in den 1960er Jahren ein paar Jahre Chef der Senatskanzlei. Der Schreiber des Nachrufes in der Parteizeitung *Berliner Stimme* allerdings plauderte 1974 aus, dass Sünderhauf einmal eigenhändig nach einem Zipfel des Mantels der Geschichte gegriffen hatte: Im März 1946 sei er nämlich der Urheber des »Meisterwerks« der Formulierung der Fragen bei jener Urabstimmung der Berliner SPD-Mitglieder gewesen, die die Gegner einer Einheitspartei mit den Kommunisten erzwungen hatten. Sünderhauf habe damals mit der geschickten Formulierung der beiden Fragen dem »materiellen, geistigen und moralischen Zustand jener Tage« entsprochen und den »noch Zweifelnden und Unentschlossenen die Entscheidung erleichtert«.

Gewürdigt und eingeräumt wurde hier, wenn auch behutsam verschlüsselt, eine politische Täuschung. Die von den drei westlichen Besatzungsmächten unterstützten Einheitsgegner, unter den Funktionären der Berliner SPD zu diesem Zeitpunkt eindeutig eine Minderheit, wollten im Frühjahr 1946 mit der Urabstimmung den Einheitskurs des von Otto Grotewohl geführten Zentralausschusses der SPD ausbremsen.

### »Nein« erleichtert

Während das Resultat dieser Urabstimmung am 31. März 1946 bis heute als zentraler Beleg für die Behauptung angeführt wird, die große Mehrheit der organisierten Sozialdemokraten habe mit den Kommunisten nichts zu tun haben wollen, und in der sowjetischen Besatzungszone habe folglich eine »Zwangsvereinigung« stattgefunden, waren sich die Organisatoren dieser Abstimmung seinerzeit nicht so sicher. Sie ließen die Mitglieder folglich nicht fragen, ob sie die Vereinigung als solche guthießen, sondern ob sie für die »sofortige« Vereinigung seien. Und um das »Nein« bei der ersten Frage, auf das es unmittelbar ankam, zu erleichtern, schoben sie eine zweite Frage nach der Bereitschaft für ein Bündnis beider Parteien nach. Die Sozialdemokraten, die diese Fragen stellten, wollten weder die Einheitspartei noch ein Bündnis – und zwar weder »sofort« noch später. Beide Fragen mit »Nein« beantwortet haben an jenem Tag nur rund 5.500 der etwa 65.000 organisierten Berliner

Sozialdemokraten, aber die Linie dieser Minderheit wurde wenig später in der »Frontstadt«-SPD, in der der Antikommunismus in den 1950er und 1960er Jahren gewissermaßen der einzige Programmpunkt war, verbindlich durchgesetzt.

Die Berliner Gegner der Einheitspartei hatten richtig kalkuliert, dass nur eine Minderheit der Berliner SPD-Mitglieder für den Kurs des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher, der seit dem Sommer 1945 von Hannover aus eine rastlose Aktivität gegen die Aktionseinheit mit der KPD entfaltet hatte und im Februar 1946 in einem britischen Militärflugzeug für eine mehrtägige Aussprache mit seinen Vertrauensleuten nach Berlin geeilt war, zu haben sein würde. Also versteckten sie diesen rechten Ansatz taktisch und vorübergehend hinter einer linken Maske.

Dieser Modus Operandi war keine Berliner Besonderheit, sondern 1945/46 auch andernorts in je nach Lage unterschiedlichen Ausprägungen charakteristisch für die Anstrengungen rechter Sozialdemokraten, wieder Boden unter den Füßen zu bekommen. Auf der strategischen Ebene ist hier etwa die Entscheidung Schumachers zu nennen, die Reorganisation der SPD im Westen unter der Parole »Sozialismus als Gegenwartsaufgabe« stattfinden zu lassen. Das war kein einsamer Einfall Schumachers. Ganz unabhängig von ihm und anfänglich ebenfalls mit gesamtdeutschem Anspruch hatte in Thüringen Hermann Brill, im April 1945 aus dem KZ Buchenwald befreit und von den Amerikanern als Verwaltungschef Thüringens eingesetzt, den Wiederaufbau der SPD bzw. einer Nachfolgeorganisation (unter dem Namen »Bund demokratischer Sozialisten«) auf der Linie »Sozialismus als Gegenwartsaufgabe« vorangetrieben.

Auf der taktischen Ebene wiederum stellte sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis hinunter auf die Ebene der Betriebe immer wieder neu die Frage, auf welche Weise sich angesichts einer überwiegend nach links gehenden Stimmung in der Arbeiterklasse rechte Sozialdemokraten in die Bewegung einschalten, diese beeinflussen und im günstigsten Fall steuern konnten – das war, wenn auch unter völlig veränderten Vorzeichen, eine Neuauflage des grundsätzlichen Problems, mit dem sich die rechte SPD-Führung 1918/19 konfrontiert gesehen hatte. Das Vorgehen im Zusammenhang mit der folgenreichen Urabstimmung in Berlin ist hier exemplarisch.

### **»Kommunistenfresser«**

Noch einmal ein besonderes und hier nur zu skizzierendes Feld sind die Aktivitäten, die 1945/46 (und danach) unter dem Dach der SPD von spezialisierten Antikommunisten, die aus den verschiedenen Abspaltungen der großen Arbeiterparteien der Zwischenkriegszeit hervorgegangen waren, entfaltet wurden. Hier sei wenigstens kurz auf das »Neu Beginnen«-Netzwerk (NB, 1929 von dem 1927 aus der KPD ausgetretenen Walter Loewenheim unter dem Namen »Leninistische Organisation« als verdeckt arbeitender Zirkel ins Leben gerufen) hingewiesen, dessen konspirativ geschulte Mitglieder in der unmittelbaren Nachkriegszeit sehr schnell auf Positionen eines extremen Antikommunismus übergingen. Sie spielten als im Hintergrund agierende »Kommunistenfresser« vor allem in der Berliner Nachkriegs-SPD eine maßgebende, erst in jüngerer Zeit eingehender erforschte Rolle und rückten

später zum Teil in einflussreiche Positionen auf (Kurt Mattick zum Beispiel war später Landesvorsitzender der SPD in Berlin, Fritz Erler SPD-Fraktionschef im Bundestag).

Während mit Kurt Schmidt einer der NB-Kader zur Führungsgruppe der Einheitsgegner in Berlin gehörte, zogen die Mitglieder dieses Netzwerks (unter denen übrigens auch ein gewisser Robert Havemann war) es in der Regel vor, sich nicht persönlich zu exponieren, sondern von ihnen beeinflusste Genossen zu aktivieren und »vorschicken«. Trotzdem gelang es den NB-Leuten, die Auseinandersetzungen zwischen Einheitsgegnern und -befürwortern in einzelnen Berliner Kreisverbänden wesentlich zu beeinflussen, zum Beispiel in Mitte, im anfänglich nach links neigenden mitgliederstärksten Kreisverband Neukölln und in Lichtenberg. Die NB-Leute bedienten dabei die gesamte Klaviatur und erfreuten sich augenscheinlich sehr früh der Fürsorge bestimmter US-Dienststellen. Von Schmidt etwa, so der ehemalige Spandauer SPD-Funktionär Wilhelm Lohrenz 1949, sei bekannt gewesen, dass er »als Agent für die Amerikaner tätig ist«. An der langen Leine der NB-Leute liefen versprengte Abenteurer aller Art: 1948/49 zum Beispiel wurde auf Anregung Matticks und unter direkter Aufsicht der Amerikaner der Versuch gemacht, eine künstliche »kommunistische Parteiposition« aufzuziehen.

An den öffentlichen Reden des 1947 jung verstorbenen Schmidt lässt sich ablesen, dass NB 1945/46 die Einheitspartei nicht offensiv antikommunistisch bekämpfte, sondern auf der Linie eines Kampfes für nationale Einheit, »Demokratie« und mit einer »sozialistischen Strategie«, die allerdings im Namen der »fortschrittlichen Gesamtinteressen des Volkes« und nicht der »Sonderinteressen« der Arbeiterklasse vorgetragen wurde. Überschneidungen mit dem »volksparteilichen« Ansatz Schumachers fallen ins Auge.

»Sozialismus« und »Demokratie«, jeweils anti- oder zumindest nichtmarxistisch, also reformistisch, moralisch oder liberal verstanden, bildeten als Schlagworte die Klammer des politischen Ansatzes der verschiedenen rechtssozialdemokratischen Akteure und Gruppen. Das hatte mittelbar mit ihrer politisch-programmatischen Tradition, unmittelbar aber vor allem mit der von ihnen vorgefundenen politischen Lage zu tun. Wie aggressiv sie den ihnen allen gemeinsamen Antikommunismus in der Öffentlichkeit herausstellten, hatte ganz offensichtlich auch mit dem Wirkungsort zu tun: In Berlin war hier zunächst größere Vorsicht nötig als in Hannover.

Die sozialdemokratischen Gegner einer Aktionseinheit und dann der Einheitspartei konnten die Unterstützung der drei westlichen Besatzungsmächte als selbstverständlich voraussetzen, standen aber vor einer Reihe von beachtlichen Herausforderungen. Da war zunächst der Umstand, dass die SPD im Gegensatz zur KPD bei Kriegsende keine anerkannte oder auch nur existierende Führung mehr hatte - weder im Inland noch im Exil. Die Reste des bis 1938 in Prag angesiedelten, von einer antikommunistischen Mehrheit beherrschten Exilvorstandes hatten sich im Herbst 1940 auf der Flucht in Lissabon aufgelöst; im Exil hatten Oppositionsgruppen erheblich an Einfluss gewonnen und zum Teil selbst einen Führungsanspruch erhoben.

In der am weitesten verbreiteten programmatischen Veröffentlichung des Exilvorstandes, dem »Prager Manifest« von 1934 - verfasst zum Zeitpunkt

seiner größten Bedrängnis und Offenheit für eine Revision der Politik, die 1933 in die Katastrophe geführt hatte –, war eine Passage enthalten gewesen, die die Befürworter einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu legitimieren schien: »Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewusst, die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen.« Als das »Prager Manifest« 1944 in London noch einmal neu herausgegeben wurde, fehlte diese Passage. Das bekam allerdings in Deutschland niemand mit, und die Funktionärsgruppe in London, zu der auch der spätere SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer gehörte, hatte 1945 im Land keinerlei Einfluss.

## **Einheit und Spaltung**

Für die rechten Sozialdemokraten bedrohlich war zudem, dass sich in Berlin bereits im Juni ein Zentralausschuss konstituiert hatte, der einen Führungsanspruch für ganz Deutschland erhob. Seine Mehrheit befürwortete die Aktionseinheit mit der KPD, die bereits am 19. Juni 1945 durch die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses formalisiert wurde. Das strahlte nicht nur in die sowjetische Besatzungszone, sondern auch in die drei Westzonen aus, wo die Arbeit deutscher Parteien von den Besatzungsmächten erst zeitverzögert legalisiert wurde.

In München, Hamburg, Frankfurt am Main, Bremen, Oldenburg, Braunschweig, Kiel, Lübeck und in vielen anderen Städten kam es 1945 [im Anschluss an die spontane Selbstorganisation in den antifaschistischen Ausschüssen](#) zu einer mehr oder weniger institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD. Wo das nicht der Fall war, gab es doch fast überall zumindest regelmäßige Gesprächskontakte, die in den ersten Nachkriegsmonaten zumeist von einer Atmosphäre der »herzlichen Freundschaft« geprägt waren, wie es in einem Bericht über eine Aussprache im November 1945 in Dortmund heißt. Hannover, also Schumachers unmittelbarer Wirkungskreis, war eine der wenigen Städte, in denen das Verhältnis der beiden Parteien von Anfang an von Spannungen gekennzeichnet war.

Man sollte aus dieser auf den ersten Blick für die Befürworter einer Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien günstig erscheinenden Lage nicht schließen, dass auch im Westen in der Breite überall die reale Chance bestand, den Weg zu einer sozialistischen Einheitspartei zu betreten. Aber Tatsache ist, dass eine Entwicklung in Gang zu kommen schien, die wenigstens ein fallweises gemeinsames Vorgehen der beiden Arbeiterparteien etwa gegen politische und gesellschaftliche Restaurationsbestrebungen, die schon zur Jahreswende 1945/46 unübersehbar waren, in den Bereich des politisch Möglichen rückte.

Diese authentische erste Welle der sozialdemokratischen Reorganisation – in der es lokal zu spontanen Gründungen von (kurzlebigen) »Einheitsparteien« kam (auch in Berlin hatten führende sozialdemokratische Funktionäre im Juni 1945 der KPD-Führung das »sofortige Zusammengehen« angeboten) – ist von der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung späterer Jahrzehnte allenfalls als Marginalie behandelt worden, während der Zentralausschuss mit

verächtlicher Kritik bedacht wurde, obwohl seine Legitimität, wie man es auch dreht und wendet, erheblich größer war als die des »Büros Dr. Schumacher«.

Auch hier steht die erzählte Geschichte in einem Spannungsverhältnis zur empirisch feststellbaren konkreten Geschichte, denn Schumacher nahm den Zentralausschuss und die Bewegung für die Aktionseinheit im Westen sehr ernst. Gegen beide richtete er – immer mit der diskreten Unterstützung erst durch die Briten und dann auch durch die Amerikaner – zügig seinen ersten, sorgfältig vorbereiteten Schlag. Auf der von ihm einberufenen Konferenz von Wennigsen gelang es Schumacher Anfang Oktober 1945, einen Beschluss herbeizuführen, der dem Berliner Zentralausschuss die Zuständigkeit für die Westzonen absprach und ihn im Gegenzug mit der Führung der SPD in diesen Zonen beauftragte.

Zwar wandte sich Grotewohl mit Nachdruck gegen die »Aufteilung der Partei in Zonen«, doch Schumacher beharrte darauf, dass es, solange die Siegermächte keine deutsche Zentralregierung zulassen würden, unmöglich sei, die SPD zentral von Berlin aus zu leiten. Zunächst als Konferenz von Vertretern aller Besatzungszonen geplant, hatte Schumacher, um eine Debatte mit offenem Ausgang oder gar eine Majorisierung durch die Gegenseite zu verhindern, sicherheitshalber nur eine dreiköpfige Delegation des Zentralausschusses eingeladen, aber keine Vertreter der mitgliederstarken Organisationen in der sowjetischen Zone. Auf der Wennigser Konferenz wurde also mitnichten die SPD »wiedergegründet«, wie gerne behauptet wird, sondern faktisch gespalten – von einem Nationalisten, der den Kommunisten unermüdlich vorwarf, sie seien die »Vertreter einer ausländischen Macht«.

Nach der Konferenz verstärkte die Gruppe um Schumacher ihre Bestrebungen, in den sozialdemokratischen Organisationen der Westzonen den Einfluss von Funktionären auszuschalten, die für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintraten. Ihr gelangen dabei bis zur Jahreswende 1945/46 bedeutende Erfolge.

Wie war das möglich? Es liegt auf der Hand, dass diese Entwicklung neben dem steuernden Einfluss der Besatzungsmächte (die in den Westzonen ebenso auf allen Ebenen auf den politischen Prozess einwirkten wie die sowjetische Militäradministration in ihrer Zone) ihre Ursachen auch in einer authentischen Reichweite und Attraktivität des politischen Ansatzes haben muss, für den Schumacher stand.

Schumacher hat im Sommer 1945 sehr schnell erkannt, dass die KPD durch ihre [in dem Aufruf vom 11. Juni 1945 dargelegte Politik](#) »von links« angreifbar geworden war: Darin war kein Bezug zum Sozialismus zu finden gewesen, dafür aber eine Absage an den Versuch, »Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen«. Mehr noch: Es war ein Bekenntnis zur Errichtung »eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk« ausgesprochen worden. Die Absage der Kommunisten an ein »Sowjetdeutschland« elektrisierte damals nicht zuletzt die Sozialdemokraten, die wenige Monate später in der ersten Reihe des Kampfes gegen die Einheitspartei standen. Der spätere Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann erinnerte sich noch Jahrzehnte später in einem Interview kurz vor seinem Tod

an diesen Augenblick: »Fassungslos« habe er an jenem Tag »den Aufruf der Kommunisten gelesen«. Der sei »ja geradezu sensationell gewesen«.

## **Nahziel »Sozialismus«**

Auch Schumacher zog seine Schlüsse. Er machte in den folgenden Wochen »Sozialismus« (als »Tages-« oder »Gegenwartsaufgabe«) und »Demokratie« zu den Eckpfeilern seiner politischen Konzeption. In den von ihm im Spätsommer 1945 ausgearbeiteten »Politische(n) Richtlinien für die SPD« wird das bereits in aller Deutlichkeit ausgesprochen: »Aus dem Klassencharakter des Nazismus ergibt sich als Konsequenz: der Sozialismus.« Und weiter: »Als geistige und politische Grundlage steht neben dem Sozialismus und völlig mit ihm zusammengewachsen: die Demokratie.« Diese wurde von Schumacher so (nämlich im Sinne eines liberalen Parlamentarismus) aufgefasst, dass sich daraus eine prinzipielle Frontstellung gegen die Kommunisten ableiten ließ, denn die seien grundsätzlich »demokratiefeindlich«.

In dieser konsequent beachteten Festlegung der SPD auf eine Politik im Rahmen des bürgerlichen Staates liegt der eigentliche strategische Kern von Schumachers Konzeption, während der Verweis auf den Sozialismus vor allem eine taktische Bedeutung hatte: Mit ihm nahm er geschickt die antikapitalistische Stimmung erheblicher Teile (nicht nur) der Arbeiterklasse auf, und es war, was Schumacher, der kein politischer Novize war, sehr genau verstanden hatte, letztlich gar nicht so wichtig, was er unter Sozialismus genau verstand (im Kern die reformistische »Wirtschaftsdemokratie«). Dieser Sozialismus schien zudem einfach zu haben zu sein, denn Schumacher erklärte die völlige militärische Niederlage des deutschen Faschismus zum »Zusammenbruch des Kapitalismus« in Deutschland. Auch hier fällt wieder die Übereinstimmung mit Postulaten von Hermann Brill in Thüringen ins Auge. Es kam hinsichtlich des »Sozialismus« nicht auf den begrifflichen Inhalt, sondern auf die Brauchbarkeit der Losung an. Die war gegeben, weil die antikapitalistische Stimmung mit einer erheblichen Desorientierung und mit reformistischen Illusionen auch in den Kernschichten der Arbeiterklasse einherging.

Dass die sozialdemokratischen Gegner einer Einheitspartei in der sowjetischen Besatzungszone im Herbst 1945 die Versuche intensivierten, die Losung vom Sozialismus als Tagesaufgabe gegen die Politik des SPD-Zentralausschusses und der KPD in Stellung zu bringen, ist kein Zufall. Das zielte auf die Erzeugung des Eindrucks, die Kommunisten seien für den Kapitalismus, die Sozialdemokraten für den Sozialismus. Im Januar 1946 behauptete Schumacher unverfroren, die KPD bekenne sich zum »Privatunternehmertum«, und auch deshalb sei keine Zusammenarbeit mit ihr möglich. Wer sich das einleuchten ließ, konnte Schumacher nur zustimmen, wenn er erklärte, dass die einzige Form der politischen Einheit der Arbeiterklasse in der Einheit in der SPD liege.

Die hasserfüllten Angriffe gegen die Kommunisten verband Schumacher mit Ausfällen gegen die Sowjetunion. Der Umstand, dass er hier von Anfang an ohne jede Zurückhaltung auftrat, obwohl politische Äußerungen von Deutschen gegen die Besatzungsmächte in allen vier Zonen zunächst von der Militärjustiz verfolgt wurden, ist ein deutliches Indiz dafür, dass ihm vollkommen klar war,

dass Briten und Amerikaner die Hand schützend über ihn halten würden. Ihm war es sogar gestattet, öffentlich gegen das Potsdamer Abkommen und insbesondere gegen die darin enthaltenen Regelungen zu den deutschen Grenzen, zu Demontagen und Reparationen zu polemisieren. Diese nationalistische Ansprache der Öffentlichkeit trat bei Schumacher mit der Zeit immer stärker in den Vordergrund. Die verbreitete Denunziation der KPD als »Russenpartei«, die Schumacher mit seiner ganzen Beredsamkeit unermüdlich befeuerte (»Und heute ist die Frage: Kommunist oder Sozialdemokrat, die Frage: Russe oder Deutscher«), erwies sich vor dem Hintergrund der eben erst verstummen Nazipropaganda als scharfe Waffe gegen die politische Reichweite der KPD und dann der SED.

Während die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 auch Millionen Deutschen, die entweder die NSDAP gewählt hatten oder zumindest »willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riss«, ihre Verantwortung für die Katastrophe von Faschismus und Krieg in Erinnerung gerufen hatte, vermied Schumacher das mit geradezu peinlicher Sorgfalt. Mehr noch: Er machte für die Errichtung der Nazierrschaft nicht die Wähler der NSDAP oder die herrschende Klasse verantwortlich, sondern – die KPD. Auch das war für Millionen mehr oder weniger bewusst nach Entlastung suchende Deutsche ein attraktives Angebot.

## **Kein Parteitag**

Am 8. Februar 1946 forderte Grotewohl Schumacher in einer persönlichen Aussprache in Braunschweig auf, der Einberufung eines Parteitages der SPD mit Delegierten aus allen Zonen zuzustimmen, um über die Frage der Vereinigung zu entscheiden. Schumacher lehnte das ab und verlangte im Gegenzug die Selbstaflösung der SPD in der sowjetischen Zone. Von seinem Standpunkt aus war das vollkommen konsequent: Ein für seine Richtung günstiger Ausgang eines solchen Parteitages war nicht garantiert oder sogar unwahrscheinlich (die SPD hatte in der sowjetischen Zone zu diesem Zeitpunkt etwa 600.000, in den drei Westzonen zusammen aber erst 300.000 Mitglieder, unter denen es weiterhin Anhänger der Linie des Zentralausschusses gab), während die provokativ vorgeschlagene Selbstaflösung die Schumacher-Richtung mühelos als alleinzuständig für die SPD legitimiert und den Gegensatz gegen die Kommunisten auf ein Höchstmaß zugespitzt hätte. Das Szenario entsprach in eigentümlicher Weise Schumachers Weltsicht. Emil Carlebach hat überliefert, dass Schumacher ihm bei einem zufälligen Zusammentreffen in Frankfurt am Main – der Kommunist und der Sozialdemokrat kannten sich aus dem KZ Dachau – schon im Juli 1945 in aller Ruhe versichert hat, dass ein dritter Weltkrieg bevorstehe. Dabei würden die Sozialdemokraten auf der Seite »Londons« und die Kommunisten auf der Seite »Moskaus« kämpfen.

Nach der definitiven Ablehnung eines klärenden Parteitages durch den »Demokraten« Schumacher leitete der Berliner Zentralausschuss gemeinsam mit der KPD-Führung die letzte Phase des Vereinigungsprozesses ein, der, nachdem die Einheit auf der Ebene der Gemeinden, Kreise und Länder in der sowjetischen Besatzungszone vollzogen war, in den Vereinigungsparteitag vom 21./22. April 1946 im Berliner Admiralspalast mündete. Damit war die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vollzogen – in nur einer Zone. Alle Versuche, die Einheitspartei auch in den Westzonen zu konstituieren, wurden in

der Folge von den dortigen Besatzungsmächten unterbunden. Nur in Berlin trat die Situation ein, dass die SED auch in den drei Westsektoren zugelassen wurde, während im sowjetischen Sektor Kreisverbände der von den Einheitsgegnern noch im April 1946 neu konstituierten SPD legal arbeiten konnten.

Mit der Schumacher-Richtung hatte sich im größeren Teil Deutschlands bis zum Sommer 1946 eine sozialdemokratische Strömung durchgesetzt, für die der bürgerliche »demokratische« Staat der politische Bezugspunkt war. Sie war, obwohl Schumacher mitunter verkürzt als »deutschnational« gedeutet wird, vor allem entschieden »prowestlich« und militant antikommunistisch. Sie führte trotz ihres herausgestellten Nationalismus ohne Zögern die faktische Spaltung der eigenen Partei herbei und nahm so schon 1945 auch die Teilung des Landes vorweg. Mit einem »sozialistischen« Appell an antikapitalistische Stimmungen – der bezeichnenderweise keine Einschränkung der Protektion durch die westlichen Besatzungsmächte zur Folge hatte – gelang es ihr, binnen Jahresfrist eine beträchtliche Massenwirksamkeit zu erzielen und den Einfluss der Kommunisten und linken Sozialdemokraten in der Arbeiterbewegung zurückzudrängen. Nur in der sowjetischen Besatzungszone gelang das nicht. Hier wie dort bildeten jeweils die politischen Prämissen der Besatzungsmächte die letzte Schranke der Entwicklung. Wenn das »Zwang« war, dann wirkte er in beide Richtungen.

Leo Schwarz schrieb an dieser Stelle zuletzt am 3. Januar 2026 über Wilhelm Pieck: [»Immer im Zentrum«](#)

*<https://www.jungewelt.de/artikel/521308.80-jahre-sed-ein-attraktives-angebot.html>*